



## Informationen der Parlamentarischen Gruppe Wirtschaft + Gewerbe des Kantons Solothurn

*Geschäftsstelle: Andreas Gasche · Kantonal-Solothurnischer Gewerbeverband · Hans Huber-Strasse 38 · 4500 Solothurn  
Telefon 032 624 4 624 · Mobile 079 629 02 44 · andreas.gasche@kgv-so.ch · www.wirtschaftspolitik-so.ch*

## Stellungnahme zu den Geschäften der bevorstehenden Kantonsratssession

Sehr geehrte Damen und Herren

Der Vorstand der Parlamentarischen Gruppe hat an seiner Vorstandssitzung vom 26. Oktober 2020 die wirtschaftsrelevanten Geschäfte<sup>1</sup> für die bevorstehende V. Kantonsrats-Session vom 3./4. & 11. November 2020 beraten. Wir erlauben uns, Sie über die Empfehlungen des Vorstandes der Parlamentarischen Gruppe Wirtschaft + Gewerbe zu informieren.

### 03 SGB 180/2020 Integrierter Aufgaben- und Finanzplan (IAFP) 2021 – 2024 (FD)

**Der Vorstand der Gruppe W + G diskutiert das Geschäft und nimmt wie folgt Stellung:**  
Er unterstützt den IAFP, nimmt aber mit Besorgnis Kenntnis von der finanziellen Entwicklung der Kantonsfinanzen.

**Begründung:** In den nächsten Jahren entwickeln sich die Finanzen des Kanton nicht in eine positive Richtung. Es gilt, in den kommenden Monaten und Jahren Massnahmen zu ergreifen, damit diese Tendenz gestoppt werden kann.

Der Kanton Solothurn kennt eine Schuldenbremse. Es gilt aber zu verhindern, dass diese in Kraft treten muss.

### 05 SGB 179/2020 Voranschlag 2021 (FD)

**Der Vorstand der Gruppe W + G diskutiert das Geschäft und nimmt wie folgt Stellung:**  
Er stimmt dem Voranschlag im Sinne der FIKO zu.

**Begründung:** Der Voranschlag schliesst gemäss Antrag FIKO mit einem Aufwandüberschuss von Fr. 21.5 Mio. ab. Das ist angesichts der Umsetzung der Steuerreform und der AHV-Finanzierung 2020 der Auswirkungen der Corona-Pandemie, welche auch im Jahr 2021 noch spürbar sein werden, nachvollziehbar.

Etwas schwierig nachvollziehbar sind zum Teil die stetig steigenden Globalbudgets. Die Versuche einzelner Kantonsräte und Fraktionen, die Globalbudgets einzufrieren waren relativ zaghafte.

### 07 SGB 170/2020 Globalbudget "Hochbau" für die Jahre 2021 bis 2023 (BJD; Voranschlag S. 116)

**Der Vorstand der Gruppe W + G diskutiert das Geschäft und nimmt wie folgt Stellung:**  
Der Vorstand stimmt nach langer Diskussion – siehe Diskussion „einfrieren Budget“ – dem Budget in der vorliegenden Form zu.

**Begründung:** Gerade in wirtschaftlich schwierigen Zeiten ist es wichtig, dass der Staat Investitionen auslöst und diese nicht verzögert. Der Vorstand der PG W + G spricht sich

<sup>1</sup> Die Parlamentarische Gruppe Wirtschaft und Gewerbe behandelt in erster Linie Sachgeschäfte, Rechtsetzungsgeschäfte und Aufträge. Der Vorstand nimmt in der Regel keine Stellung zu Interpellationen.

aus diesem Grund gegen einen Investitionsaufschub aus. Dieses Globalbudget beinhaltet langfristig auch Einsparungen: ein Stichwort ist „Kauf vor Miete“.

- 08 SGB 172/2020 Mehrjahresplanung ab 2021 "Hochbau"; Rechenschaftsbericht über die Projekte; Verpflichtungskredit für Kleinprojekte ab 2021 (Investitionsrechnung) (BJD; Voranschlag S. 123)**
- Der Vorstand der Gruppe W + G diskutiert das Geschäft und nimmt wie folgt Stellung:**  
Er stimmt der Mehrjahresplanung Hochbau zu.
- Begründung:** Gerade in wirtschaftlich schwierigen Zeiten ist es wichtig, dass der Staat Investitionen auslöst und nicht diese nicht verzögert. Der Vorstand der PG W + G spricht sich aus diesem Grund gegen einen Investitionsaufschub aus.
- 09 SGB 168/2020 Globalbudget "Strassenbau" für die Jahre 2021 bis 2023 (BJD; Voranschlag S. 125)**
- Der Vorstand der Gruppe W + G diskutiert das Geschäft und nimmt wie folgt Stellung:**  
Der Vorstand stimmt dem Globalbudget zu.
- Begründung:** Gerade in schwierigen Zeiten kein Investitionsaufschub; Eine gute Strassen-Infrastruktur ist wichtig für ein gutes Funktionieren der Wirtschaft. Aus diesem Grund ist der Strassenunterhalt nicht zu vernachlässigen, denn verzögerte Massnahmen führen zu späteren massiven Mehrkosten.
- 10 SGB 174/2020 Mehrjahresprogramm ab 2021 "Strassenbau"; Rechenschaftsbericht über die Projekte; Verpflichtungskredit für Kleinprojekte ab 2021 (Investitionsrechnung) (BJD; Voranschlag S. 128)**
- Der Vorstand der Gruppe W + G diskutiert das Geschäft und nimmt wie folgt Stellung:**  
Der Vorstand stimmt dem Mehrjahresprogramm „Strassenbau“ zu.
- Begründung:** Gerade in wirtschaftlich schwierigen Zeiten ist es wichtig, dass der Staat Investitionen auslöst und diese nicht verzögert. Der Vorstand der PG W + G spricht sich aus diesem Grund gegen einen Investitionsaufschub aus.
- 11 SGB 173/2020 Mehrjahresplanung ab 2021 "Wasserbau"; Rechenschaftsbericht über die Projekte; Verpflichtungskredit für Kleinprojekte ab 2021 (Investitionsrechnung) (BJD; Voranschlag S. 142)**
- Der Vorstand der Gruppe W + G diskutiert das Geschäft und nimmt wie folgt Stellung:**  
Der Vorstand stimmt dem Mehrjahresprogramm „Wasserbau“ zu.
- Begründung:** Das Programm ist nachvollziehbar.
- 20 SGB 176/2020 Globalbudget "Wirtschaft und Arbeit" für die Jahre 2021 bis 2023 (VWD; Voranschlag S. 292)**
- Der Vorstand der Gruppe W + G diskutiert das Geschäft und nimmt wie folgt Stellung:**  
Der Vorstand stimmt nach längerer Diskussion dem Kompromiss der FKO zu.
- Begründung:** Es wurde in der Diskussion klar, dass eine Sparmassnahme zulasten der Umsetzung der Standortstrategie gehen würde. Mit der Überführung der Standortförderung ins Sekretariat des Volkswirtschafts-Departements werden die organisatorischen

Voraussetzungen geschaffen. Nun braucht es auch die Finanzen dazu. Konkret stehen die Umsetzung des neuen WAG (z.B. Einzelbetriebliche Förderung von ansässigen Unternehmen, EichmeisterIn) und wichtige Projekte wie die Umsetzung eines Industrieparks an.

Der Vorstand der PG W + G erwartet aber ganz klar, dass in der kommenden Globalbudgetperiode das Thema PPP angegangen wird. Beispiele für eine gute Umsetzung dieser Strategie findet man unter anderem in den Kantonen OW und LU. Auch die regionalen Wirtschaftsförderungen im Kanton Solothurn (z.B. WiFö Region Olten) praktizieren erfolgreich PPP.

Die PG W + G wird einen entsprechenden Vorstoss vorbereiten und einreichen.

- 21 SGB 177/2020 Globalbudget "Energiefachstelle" für die Jahre 2021 bis 2023 (VWD; Voranschlag S. 297)

**Der Vorstand der Gruppe W + G diskutiert das Geschäft und nimmt wie folgt Stellung:**  
Der Vorstand stimmt dem Globalbudget zu.

**Begründung:** Das Globalbudget ist unbestritten. Das Volumen an Gesuchen hat sich in den letzten Jahren vervierfacht. Die Fördergelder kommen auch der Wirtschaft zugute.

- 24 WG 186/2020 Wahl eines Oberrichters oder einer Oberrichterin für den Rest der Amtsperiode 2017 bis 2021

**Der Vorstand der Gruppe W + G diskutiert das Geschäft und nimmt wie folgt Stellung:**  
Der Vorstand unterstützt die Kandidatur von KR Christian Werner zur Wahl als Oberrichter.

**Begründung:** Der Vorstand der Parlamentarischen Gruppe Wirtschaft + Gewerbe nimmt normalerweise nur zu wirtschaftsrelevanten Geschäften Stellung. Bei diesem Geschäft hat der Vorstand beschlossen, eine Ausnahme zu machen. KR Christian Werner war einige Jahre Präsident der Parlamentarischen Gruppe Wirtschaft + Gewerbe. Er ist aktuell auch Präsident des Kantonal-Solothurnischen Gewerbeverbandes. In beiden Funktionen hat er bewiesen, dass zuhören und sachlich überlegt handeln kann. Beides sind, nebst dem fachlichen Wissen, auch Fähigkeiten, die einen Richter auszeichnen. In diesem Sinn bittet der Vorstand der Parlamentarischen Gruppe Wirtschaft + Gewerbe KR Christian Werner die Stimme zu geben.

40. A 255/2019 Auftrag Thomas Lüthi (glp, Hägendorf): Steuerabzug für Energiespeicher im Verbund mit erneuerbaren Energieerzeugungsanlagen (FD)

**Der Vorstand der Gruppe W + G diskutiert das Geschäft und nimmt wie folgt Stellung:**  
Der Vorstand revidiert seine Haltung und stimmt dem Auftrag zu.

**Begründung:** Grundsätzlich hat der Vorstand der PG W + G schon an der letzten Vorstandssitzung viel Sympathien für den Vorstoss gehabt. Damals hat man sich aber noch von der Argumentation des Steueramtes leiten lassen, das hervorhob, dass dieser Vorstoss StHG-widrig sei. In der Zwischenzeit hat ein Gerichtsurteil im Kanton Aargau bestätigt, dass ein ähnlicher Vorstoss sehr wohl eine Praxisänderung im Steuergesetz erlaube. Liest man den Auftrag A255/2019, so verlangt der Autor genau das: *"Der Regierungsrat wird beauftragt, die derzeit gängige Steuerpraxis dahingehend abändern zu lassen, dass..."*

Der Vorstoss entspricht genau dem Resultat des Schlussberichts „Koordination CO<sub>2</sub>- und Energiepolitik“ vom Mai 2020. Darin spricht man sich nicht für Verbote und starre Vorschriften aus, sondern für Anreizsysteme und Zielvereinbarungen. Der Vorstoss will genau diesen Weg einschlagen.

**41. A 256/2019 Auftrag Thomas Lüthi (glp, Hägendorf): Fortschrittliche Besteuerung von Solarthermie und PV-Anlagen im Privatbesitz (FD)**

**Der Vorstand der Gruppe W + G diskutiert das Geschäft und nimmt wie folgt Stellung:  
Der Vorstand revidiert seine Haltung und stimmt dem Auftrag zu.**

**Begründung:** Auch bei diesem Vorstoss hat der Vorstand seine Haltung geändert. Auch hier hat der Vorstand bereits an der letzten Sitzung viel Sympathien für den Auftrag gehabt.

Der Vorstoss fordert mit keinem Wort zusätzliche Steuerabzüge, sondern nur eine gerechtere Besteuerung der Einnahmen, wenn eben keine Steuerabzüge möglich sind. Gefordert ist eine Praxisänderung bei der Besteuerung von Einnahmen aus PV Anlagen auf Häusern, die jünger als 5 Jahre alt sind und bei denen damit kein Steuerabzug möglich ist.

**42. A 260/2019 Auftrag fraktionsübergreifend: Departementsübergreifende Arbeitsgruppe zur Umsetzung der "Standortstrategie 2030 für den Kanton Solothurn" (VWD)**

**Der Vorstand der Gruppe W + G diskutiert das Geschäft und nimmt wie folgt Stellung:  
Josef Maushart hat an der letzten Session einen Antrag auf Änderung des Wortlauts eingereicht: *Der Regierungsrat stellt sicher, dass die "Standortstrategie 2030 für den Kanton Solothurn umgesetzt wird. Dafür führt der Regierungsrat ein Monitoring ein. Er nutzt dieses, um dem Parlament, im Jahresrhythmus, Bericht über die Fortschritte bei der Umsetzung der Standortstrategie zu erstatten.* Der Vorstand unterstützt diesen Änderungsantrag.**

**Begründung:** Die neue Situation der Standortförderung ab dem 1. Januar 2021 führt dazu, dass ein Teil der ursprünglichen Forderung des Auftrags grösstenteils erfüllt ist. Die Umwandlung der Wirtschaftsförderung zur Standortförderung, neu integriert im Departements-Sekretariat VWD, ist ein wichtiger Teil des Auftrags. Ebenso werden die Indikatoren der WIFÖ angepasst und ein Monitoring wird eingeführt. Was aus dem ursprünglichen Antrag fehlt, ist eine regelmässige Berichterstattung an den Kantonsrat. Anstatt der geplanten Berichterstattung im Rahmen der Legislaturplanung, also im Vierjahresrhythmus, sollte eine jährliche Berichterstattung erfolgen.

**58. SGB 158/2020 Verkehrsanbindung Thal**

**Der Vorstand der Gruppe W + G diskutiert das Geschäft und nimmt wie folgt Stellung:  
Der Vorstand unterstützt das Geschäft.**

**Begründung:** Die Verkehrsanbindung im Thal ist nicht nur wichtig für die Bewohnerinnen und Bewohner im Thal. Sie ist ebenfalls wichtig, weil eine gute Verkehrsanbindung auch die wirtschaftliche Prosperität sichert. Nebst Menschen sollen künftig auch Waren und Dienstleistungen staufrei in und aus dem Thal geliefert werden können.

**Es gilt zudem ein Versprechen einzulösen.** Bei den Abstimmungen zu den Umfahrungen Solothurn und Olten hat man der Region Thal versprochen, dass man auch die Problematik um die Verkehrsanbindung des Thal lösen werde. So wie es heute aussieht,

reicht das Geld im Fonds, auch wenn man die Sondersteuer für die Umfahrungen Solothurn und Olten 2022 wieder abschafft.

- 59. RG 229/2020 Verordnung über die Unterstellung von Schutzeinrichtungen vor Gastronomiebetrieben unter § 4 der Kantonalen Bauverordnung (KBV; BGS 711.61) infolge der Corona-Pandemie (CorSE-V) (BJD)**
- Der Vorstand der Gruppe W + G diskutiert das Geschäft und nimmt wie folgt Stellung:  
Der Vorstand unterstützt das Geschäft.**
- Begründung:** Die Verordnung stellt eine Erleichterung für das arg gebeutelte Gastgewerbe dar. Sie wird von der PG W + G ausdrücklich begrüsst.
- 62. AD 204/2020 Dringlicher Auftrag fraktionsübergreifend: Ausnahmeregelung für Corona – bedingte provisorische Nutzungskonzepte (BJD)**
- Der Vorstand der Gruppe W + G diskutiert das Geschäft und nimmt wie folgt Stellung:  
Der Vorstand unterstützt das Geschäft.**
- Begründung:** Der dringliche Auftrag hat die gleiche Stossrichtung wie die Verordnung RG 229/2020. Der Auftrag stellt eine Erleichterung für das arg gebeutelte Gastgewerbe dar. Sie wird von der PG W + G ausdrücklich begrüsst.
- 60. AD 202/2020 Dringlicher Auftrag Markus Baumann (SP, Derendingen): Unterstützung für Arbeitnehmende in Not, die aufgrund der Corona-Pandemie in Armut geraten (DDI)**
- Der Vorstand der Gruppe W + G diskutiert das Geschäft und nimmt wie folgt Stellung:  
Der Vorstand unterstützt den Wortlaut des Regierungsrates.**
- Begründung:** Niemand weiss, wie sich die Pandemie weiterentwickelt. Es weiss auch niemand, welche Massnahmen zusätzlich zu den Regelstrukturen noch notwendig sein werden. Aus diesem Grund ist es wichtig, dass man Optionen offenhält, damit man in Not geratenen Menschen helfen kann.

---

Keine Regel ohne Ausnahme. In diesem Sinn ist auch die Stellungnahme zum Geschäft „WG 186/2020 Wahl eines Oberrichters oder einer Oberrichterin für den Rest der Amtsperiode 2017 bis 2021“ der Parlamentarischen Gruppe Wirtschaft + Gewerbe zu verstehen. Die Haltung des Vorstandes der Parlamentarischen Gruppe Wirtschaft + Gewerbe zugunsten unsere langjährigen Präsidenten Christian Werner wird obenstehend im Geschäft 25. WG 186/2020 begründet.

Wir wünschen Ihnen eine erfolgreiche Session.

Andreas Gasche, Geschäftsführer